



# Eskalation der Gewalt in Kolumbien

In dem südamerikanischen Land erschießen Sicherheitskräfte Demonstranten, die reagieren mit Lynchjustiz. Nur oberflächlich geht es um die miserable Wirtschaft

VON TOBIAS KÄUFER  
AUS BOGOTA

Als die Fußtritte auf den Schädel des am Boden liegenden Mannes prasseln, platzt die ganze Wut der Angreifer heraus. „Hurensohn“, „Missgeburt“ rufen die, die den grausamen Lynchmord in Cali mit ihren Mobiltelefonen filmen. Andere spucken dem Sterbenden ins Gesicht. Dem Opfer kommt niemand zur Hilfe, denn der Mann soll selbst zwei Menschen erschossen haben.

Er gehört offenbar zu jenen gefürchteten Sicherheitskräften in Zivil, die in der Millionenmetropole seit Tagen wahllos Demonstranten erschießen, um die Protestierenden einzuschüchtern. Einige von ihnen schlagen nun zurück, fällen ihr Todesurteil und vollstrecken es am helllichten Tag auf dem Parkplatz vor einem Supermarkt.

Kein anderes südamerikanisches Land ist so von Hass, Gewalt und Terror geprägt wie Kolumbien. Und seit gut vier Wochen brechen die sozialen Konflikte wieder mit voller Wucht auf. Längst steht Kolumbien am Rand eines Bürgerkrieges. „Radikale auf beiden Seiten glauben, aus dem Konflikt politisches Kapital für die Präsidentschaftswahlen in genau einem Jahr schlagen zu können – die einen schüren das Chaos, um die wirtschaftliche Erholung und das Fortschreiten des Impfprozesses nach Kräften zu sabotieren und so 2022 erstmals den Wahlsieg eines linken Präsidenten zu ermöglichen“, sagt Stefan Reith, Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bogota, im Gespräch mit WELT.

„Die anderen wollen genau das verhindern, indem sie die aktuelle Situation allein auf den Einfluss des Castrochavismus zurückführen und die Wiederherstellung der inneren Sicherheit versprechen“, so Reith in Anspielung auf die langjährigen ideologischen Führer Kubas und Venezuelas, Fidel und Raul Castro beziehungsweise Hugo Chávez. Allein seit Freitag starben in der Protesthochburg Cali mindestens 14 Menschen. Die Polizei und rechtsextreme Banden in Zi-

vil schießen auf Demonstranten, linksradikale Aktivisten jagen und foltern Polizisten, blockieren Fernstraßen und versuchen, eine ganze Volkswirtschaft lahmzulegen.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch geht von fast 70 Toten seit Ende April aus, die meisten sind Zivilisten. Mehr als 100 Menschen gelten zudem als vermisst. Die aktuellen Bilder aus Kolumbien erinnern an die blutige Niederschlagung von Massenprotesten in den Linksdiktaturen Venezuela und Nicaragua in den vergangenen Jahren. Angefangen hat alles vor gut vier Wochen, als ein Komitee aus Gewerkschaft-

ern einen Generalstreik aus Protest gegen eine inzwischen längst zurückgenommene Steuerreform ausrief. Doch dem Komitee ist die Kontrolle des Streiks längst entglitten. Auf der anderen Seite hat der rechtskonservative Präsidenten Ivan Duque die Sicherheitskräfte nicht im Griff oder lässt sie ganz bewusst von der Leine.

Beide Lager auf den Straßen Kolumbiens misstrauen sich zutiefst. Insbesondere die Spezialeinheit ESMAD der Polizei ist wegen ihrer brutalen, teilweise tödlichen Gewalt gegen Demonstranten berüchtigt. Die Polizei hat dagegen das verheerende Bombenattentat der immer noch aktiven zweitgrößten Guerilla ELN nicht vergessen, als im Januar 2019 bei einem Anschlag auf eine Polizeikaserne in Bogota 22 Menschen – die meisten Polizisten – getötet wurden.

Vor knapp fünf Jahren schaute die ganze Welt schon einmal überrascht nach Kolumbien. Damals lehnte eine knappe Mehrheit der Wahlberechtigten einen international gefeierten, im eigenen Land aber hoch umstrittenen Friedensvertrag zwischen der Farc-Guerilla und der Regierung des damaligen Präsidenten Juan Manuel Santos in einem Referendum ab. Die Kritiker empfanden die Zugeständnisse an die mächtigste und wohl auch brutalste Guerillagruppe Kolumbiens als zu groß. Dann bekam Santos nur Tage später den Friedensnobelpreis, und das rettete die Initiative. Beide Seiten besserten noch ein bisschen nach

und fragten anschließend lieber nur noch das Parlament, das den Vertrag durchwinkte und damit einen jahrzehntealten Bürgerkrieg beendete. Und doch war schon damals absehbar, dass dieser Friedensvertrag schwere Konstruktionsfehler hatte. Denn weder Santos noch sein Nachfolger Duque haben sich nach der Beendigung des Krieges mit der größten Guerilla Lateinamerikas an die Umsetzung einer neuen Vision für Kolumbien gemacht. Die meisten Kolumbianer sehen in Präsident Ivan Duque den Schuldigen für den Tod von Demonstranten. Duque verweilt bis heute in einer alten Kriegsrhetorik und vergrault damit die junge in weiten Teilen durch strukturelle Benachteiligung und Pandemie arbeitslose Generation, die dringend Arbeitsplätze und qualitative Ausbildung bräuhete, aber keinen neuen Krieg.

Duques Gegenspieler – das linke Lager um Oppositionsführer Gustavo Petro – heizen die Stimmung via soziale Netzwerke an, was Petro einen öffentlichen Rüffel von Human Rights Watch einbrachte. Senator Gustavo Bolivar, der mit TV-Drehbüchern zu Narco-Novelas ein Vermögen verdient hat, ruft zu Spenden für jene Demonstranten auf, die in der „Primera Linea“, der ersten Linie, stehen. Sie sollen mit Schutzschilden und Helmen ausgestattet werden.

Ein Großteil der Kolumbianer steht inhaltlich hinter den aktuellen Protesten, lehnt aber die Straßenblockaden und die Gewalt linksradikaler Splittergruppen ab. Dem Präsidenten lasten sie den Tod der Demonstranten an. Weder Streikkomitee noch die Opposition haben eine klar definierte Strategie. Duque versucht sich nun als Mann der harten Hand zu inszenieren und militarisiert die Protesthochburgen. Das ist ein Spiel mit dem Feuer.

Selbst wenn es die Lage kurzfristig beruhigen sollte, bis heute hat sich niemand an den wohl gefährlichsten Aspekt des Konflikts herangewagt. Kolumbien ist trotz des Friedensvertrags weiterhin der Kokainproduzent Nummer eins der Welt, die Produktion ist sogar noch einmal gestiegen, weil die Kleinbauern auf

dem Land einfach keine Alternative zum Koka-Anbau haben. Die Konsumenten im zahlungskräftigen Westen kennen wiederum keine Skrupel, sich trotz der brutalen Kollateralschäden im Herkunftsland weiter mit Koks und Gras einzudecken. Den illegalen Milliarden Gewinn schöpfen ohnehin nicht die Kleinbauern, sondern die Kartelle und Banken ab und korrumpieren täglich die Justiz, die Polizei, die Politik, die Gesellschaft, die Wirtschaft.

Die Kartelle bringen massenweise Waffen ins Land, die den blutigen Konflikt zwischen den verbliebenen urbanen und ländlichen Guerilla-Gruppen, Paramilitärs und der Armee befeuern, weil diese den konkurrierenden Banden die Drogenanbaugelände und Vertriebsrouten absichern sollen. Praktisch jeden Tag sterben irgendwo im Land Sozialaktivisten, Umweltschützer, Polizisten, Anwälte oder Soldaten und erhöhen so das Rachepotenzial. Diese Kämpfe verhindern auch, dass Kolumbien sich zu einer stabilen Volks- oder Landwirtschaft entwickeln kann. Friedensnobelpreisträger Santos drückte die im Prinzip aussichtslose Lage seines Heimatlandes einmal so aus: „Wir sollen hier die Kleinbauern verhaften, und der Gringo zündet sich in Ruhe einen Joint an.“

”

RADIKALE AUF  
BEIDEN SEITEN  
WOLLEN AUS DEM  
KONFLIKT  
POLITISCHES  
KAPITAL SCHLAGEN.

STEFAN REITH  
Leiter der KAS in Bogota